

Umfassende medizinische Erstversorgung nach Vergewaltigung gewährleisten. Versorgungslücken schließen!

Eine Vergewaltigung ist eine der tiefgreifendsten Verletzungen, die Menschen zugefügt werden kann. 2020 wurden in Berlin 892 „besonders schwere Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung bzw. sexuellem Übergriff“ polizeilich angezeigt. Wie im Vorjahr kann davon ausgegangen werden, dass über 90% der Betroffenen Frauen waren. Die Dunkelziffer liegt weit höher - angezeigt werden nur 5 bis 25 % der Fälle. Psychische Beschwerden wie Panikattacken, Depressionen und Ängste sowie Rückzug aus sozialen Beziehungen sind häufige Folgen. Jede 2. Betroffene erkrankt – u. a. aufgrund mangelnder Unterstützung – an einer „posttraumatischen Belastungsstörung“.

Eine gute medizinische Erstversorgung nach Vergewaltigung ist für die Bewältigungsmöglichkeiten von höchster Bedeutung. Seit 2018 nimmt die „Istanbul-Konvention“ Deutschland und jedes Bundesland in die Pflicht, Menschen nach sexualisierter Gewalt umfassend und in bestmöglicher Weise zu unterstützen. Konkret bedeutet dies:

- ✓ eine zuverlässige, rund um die Uhr und schnell erreichbare medizinische Versorgung incl.
 - anzeigenunabhängiger gerichtsverwertbarer Dokumentation und Spurensicherung
 - Prophylaxe sexuell übertragbarer Erkrankungen und Notfallverhütung
 - psychosozialer Begleitung und Erstunterstützung
- ✓ medizinische, psychologische und psychosoziale Nachsorge
- ✓ Versorgung durch Fachpersonen, die in der Versorgung nach sexualisierter Gewalt und im Umgehen mit akuttraumatisierten Menschen qualifiziert sind

In Berlin finden Betroffene nach Vergewaltigung derzeit erst Bausteine einer solchen Versorgung vor. Hierzu gehört u. a. das Angebot der Gewaltschutzambulanz der Charité Universitätsmedizin Berlin. Es steht Montag bis Freitag tagsüber zur Verfügung und erreicht einen Teil der von sexualisierter Gewalt Betroffenen. Es bestehen eklatante Versorgungslücken und Defizite:

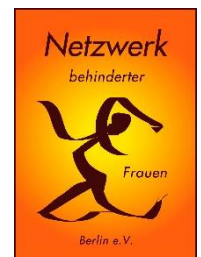
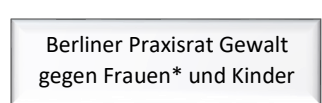
- Es mangelt an schnell und Rund-um-die-Uhr erreichbaren Angeboten, die medizinische Versorgung, sowie vertrauliche Dokumentation und Spurensicherung miteinander verbinden und die allen Betroffenen zur Verfügung stehen. Besonders problematisch ist die Situation für Jugendliche, die ihre Eltern nicht einbeziehen möchten, für Menschen mit einer gesetzlichen Betreuung, für Betroffene mit umfassenden Erinnerungslücken und für Betroffene mit (schweren) psychischen Erkrankungen.
- In Krankenhäusern existieren häufig keine (oder keine aktuellen) Handlungsabläufe und Konzepte für die Versorgung nach Vergewaltigung. Fachkräfte sind auf den Umgang mit akuttraumatisierten Betroffenen nach einer Vergewaltigung häufig nicht vorbereitet. Nicht selten werden Betroffene an andere Kliniken weitervermittelt, z. T. in Unkenntnis des dortigen Versorgungsangebots. Betroffene reisen durch die Stadt. Fühlen sich alleine gelassen. Brechen die Suche nach Versorgung ab.
- Art und Qualität der Versorgungsangebote sind von Klinik zu Klinik, z. T. von Ärzt*in zu Ärzt*in verschieden. Für Betroffene ist es ein Glücksspiel in welchem Umfang und wie gut sie versorgt werden.
- Wichtige Versorgungsleistungen wie die „Pille danach“ und Sprachmittlung sind nicht finanziert, die Kostenübernahme der HIV-PEP ist nicht immer gesichert.
- Die seit März 2020 gesetzlich verankerte Finanzierung der vertraulichen Spurensicherung durch die Krankenkassen ist nicht umgesetzt, obwohl seit Januar 2021 Empfehlungen zur Umsetzung der Rechtslage vorliegen. (<https://www.signal-intervention.de/sites/default/files/2021-06/KaVe-DoS%20Empfehlungen.pdf>)

Die Unterzeichnenden fordern den Senat von Berlin und die Fraktionen im Abgeordnetenhaus auf, Defizite in der medizinischen Versorgung für Betroffene sexualisierter Gewalt mit höchster Dringlichkeit zu bearbeiten. Vordringlich gilt es die Empfehlungen zur Umsetzung der gesetzlich festgeschriebenen kasernenfinanzierten vertraulichen Dokumentation und Spurensicherung in Berlin zügig zu realisieren:

- Bezirkliche, mindestens regionale Versorgung in Kliniken mit Zentraler Notaufnahme, Gynäkologie und Chirurgie/Urologie, die über ein fundiertes Interventionskonzept verfügen bzw. ein solches entwickeln und verankern sowie zur regelmäßigen Qualifizierung der involvierten Mitarbeiter*innen bereit sind.
- Gewährleistung des Zugangs und der Kostenfreiheit der Erstversorgung nach Vergewaltigung für alle Betroffenen, auch für Privatversicherte, nicht versicherte Personen und Beamt*innen.
- Einrichtung und Finanzierung eines koordinierten Netzwerks für beteiligte Kliniken, inkl. Projekt-, Qualitäts- und Fortbildungsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit zum Versorgungsangebot, Evaluation der Umsetzung sowie Problem- bzw. Konfliktbearbeitung.

Berlin, September 2021

Diese Erklärung wird unterstützt von



Ausgewählte Fallbeispiele

Eine Betroffene wandte sich mit folgendem Bericht an S.I.G.N.A.L. e.V.: „Immer wieder las ich, dass es möglich wäre, DNA-Spuren nach sexueller Gewalt sicherstellen zu lassen ohne die Polizei zu informieren, jedoch für die Möglichkeit, sich später für eine Anzeige entscheiden zu können. Mein aktueller sexueller Übergriff fand morgens statt. Am Nachmittag bin ich zur Klinik gegangen, um nach einer Spurensicherung zu fragen. Die Gynäkologin hat mich zur Gewaltschutzambulanz der Charité geschickt. Diese war jedoch geschlossen wegen Wochenende. Danach bin ich in eine Klinik gefahren. In der inneren Medizin wurde mir gesagt, dass sie keine Spurensicherung ohne Anzeige durchführen. Darüber war (und bin) ich sehr unglücklich, habe auch geweint, gesagt, ich habe Angst vor einer Anzeige und gefragt, ob es keine anderen Möglichkeiten gibt. Sie lehnten immer wieder ab mit der Begründung, sie könnten die Spuren nicht lagern und ohne Anzeige würde eine Spurensicherung keinen Sinn ergeben. Ich bat darauf doch die Polizei zu informieren, da ich untersucht werden und nicht umsonst so weit gegangen und gefahren sein wollte. Seit die Vernehmung stattgefunden hat geht es mir noch schlechter“.

Die Schilderung der Frau steht stellvertretend für viele Fälle, die S.I.G.N.A.L. e.V. zur Kenntnis kommen. Manche Frauen brechen in dieser Situation die Versorgung vollständig ab. Andere wenden sich hilfesuchend an ein anderes Bundesland in dem sie sicher sind, dass sie rund-um-die-Uhr eine vertrauliche Spurensicherung erhalten.

An S.I.G.N.A.L. e.V. wird der Fall einer 17-Jährigen herangetragen. Begleitet von einer Erwachsenen (nicht Familienmitglied) hatte die junge Frau nachts Hilfe und Spurensicherung nach einer Vergewaltigung gesucht. Ihre Eltern wollte sie nicht einbeziehen. Die nächstgelegene Klinik erteilte die Auskunft, dass für eine Versorgung das Einverständnis der Eltern erforderlich sei. Für ihren Fall darüber hinaus eine andere Klinik geeigneter erscheine. In dieser Klinik erfolgte jedoch auch keine Versorgung mit der Begründung, dies sei ohne Einverständnis der Eltern oder des Jugendamtes nicht möglich. Nach fast 8 Std. gab die junge Frau ihr Anliegen auf

Aus der Fallsituation entstand eine Expertise zur Versorgung Jugendlicher nach sexueller Gewalt (2018). **Die Versorgungssituation für Jugendliche ist in Berlin unverändert problematisch!**
https://signal-intervention.de/sites/default/files/2020-04/Infothek_Expertise_Aerztliche_Versorgung_Minderjaehriger_nach_sexueller_Gewalt_5_2018_0.pdf

Eine Beratungsstelle wandte sich an S.I.G.N.A.L. e.V. mit der Bitte um weitere Klärung. Eine erwachsene Frau mit kognitiver Beeinträchtigung hatte sich gemeinsam mit einer Assistenz an eine Versorgungseinrichtung gewandt und um vertrauliche Spurensicherung nach einer Vergewaltigung gebeten. Sie erhielt die Auskunft, dass dies nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betreuung möglich sei. Die Zustimmung konnte jedoch nicht in der gebotenen Zeit (72 Stunden nach Tat) eingeholt werden. Die Klientin blieb unversorgt.

Eine im vom Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Missbrauchs in Auftrag gegebene Studie (2019) zeigte, dass die Versorgung für Menschen mit gesetzlicher Betreuung nach sexualisierter Gewalt bundesweit problematisch ist und in Kliniken und Ambulanzen Kenntnisse der Rechtslage fehlen. **Die Versorgungssituation in Berlin ist unverändert problematisch!**
https://beauftragter-missbrauch.de/fileadmin/Content/pdf/Presse_Service/Hintergrundmaterialien/Verfahrensweise_bei_der_aerztlichen_Versorgung_Minderjaehriger_nach_sexueller_Gewalt_ohne_Einbezug_der_Eltern.pdf